

KIPA 1 / 2011

Kommentare zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Daria W. Dylla

Zwischen US-Loyalität und Pragmatismus:
Polen und die Libyen-Krise
Mai 2011



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

Zwischen US-Loyalität und Pragmatismus: Polen und die Libyen-Krise

Mai 2011

Daria W. Dylla¹

Gemeinsame Militäraktionen der USA und EU-Staaten der letzten Jahre zeigen unverändert dieselben Probleme: die Schwäche der europäischen Institutionen (dabei insbesondere die mangelnde Eindeutigkeit und Durchsetzungskraft des Hohen Vertreters für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik), die Unfähigkeit der Vertreter westlicher Staaten anstehende Sicherheitsprobleme sachlich zu diskutieren und diese auch den eigenen Bevölkerungen zu vermitteln, das Unvermögen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wirkungsvoll in militärischen Konflikten operativ genutzt zu werden, und nicht zuletzt die mangelnde Kohärenz der NATO-Staaten, die immer häufiger wechselnde Staatenkoalitionen bilden. Wechselnde Kampfkoalitionen verstärkten das Bild eines unkoordinierten und wenig einheitlichen Vorgehens. Im Irakkrieg 2003 bildeten Frankreich, Deutschland und Russland eine geschlossene Ablehnungsfront und ließen die USA, Großbritannien und Polen militärisch die Kohlen aus dem Feuer holen. 2011 waren es im Kontext der Libyenkrise Paris, London und Washington, die eine Kampfallianz bildeten, während sich Berlin, Warschau und Moskau in vornehmer Zurückhaltung übten.

Von Deutschland konnte man im Libyenkonflikt kaum anderes erwarten: eine Mehrheit der Deutschen ist traditionell seit langem gegen Militäreinsätze und Landtagswahlen standen vor der Tür. Für Erstaunen sorgte diesmal allerdings Neinsager Polen, zählte das Land doch bislang zu den treuesten Verbündeten der USA.

Wie lauteten nun die Argumente führender polnischer Politiker gegen ein Militäengagement in Libyen? Die vielleicht beste Zusammenfassung präsentierte der Stellvertreter des Auswärtigen Ausschusses, Robert Tyszkiewicz, im Polnischen Radio (Programm I, 21.3.2011). Erstens habe Polen keine direkten Interessen in Libyen. Zweitens werde Polen im Juli 2011 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Aufgrund der Spaltungsprozesse innerhalb der EU bezüglich der Libyen-Frage, sei es für die europäische Gemeinschaft von Vorteil, wenn die kommende EU-Ratspräsidentschaft von einem Land übernommen werde, das aufgrund seiner neutralen Position die Rolle eines Vermittlers

¹ Daria W. Dylla, Dr. rer. pol. ist Politologin am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln.

einnehmen könne. Ein militärisches Engagement Warschaws würde diese Chance verspielen. Drittens stoße das polnische Engagement in Afghanistan bereits an die Grenzen der Möglichkeiten Polens. Dies sehe, so Tyszkiewicz, auch die öffentliche Meinung an der Weichsel ähnlich, was – selbst wenn es von ihm nicht erwähnt wurde – durchaus als gewichtiger Grund der polnischen Libyen-Haltung gelten kann.

Ob Polen mit seinem Afghanistan-Einsatz tatsächlich bis an die Belastungsgrenzen gegangen ist, wird in der Öffentlichkeit unterschiedlich beurteilt. Einige argumentieren, dass die im Jahre 2003 von Warschau gekauften F-16 Jets für die Libyen-Mission durchaus eingesetzt werden könnten (Artur Bilski in *Rzeczpospolita*, v. 24.3.2011). Wieder andere behaupten, dass weder die polnischen F-16 vollständig ausgerüstet sind noch Polen über eine ausreichende Zahl ausgebildeter Piloten verfügt, um sich am Libyen-Krieg dergestalt beteiligen zu können (Lukasz Zalesinski in *Rzeczpospolita*, v. 27.3.2010).

Doch angesichts der uneinheitlichen Haltung der transatlantischen Gemeinschaft zum Libyen-Einsatz hätte selbst die Entsendung einer kleinen Anzahl von Kampfflugzeugen eine wichtige symbolische Bedeutung erlangen können. Die klar ablehnende Haltung Polens legt indes die Einschätzung nahe, dass sich das Land bewusst auf die Seite der Gegner einer militärischen Libyen-Aktion geschlagen hat.

Es stellt sich die Frage, ob damit für Warschau Risiken verbunden sind? Es könnte argumentiert werden, dass sich Polen gegen zwei mächtige EU-Staaten, nämlich Großbritannien und Frankreich, gestellt hat und damit die Position des Landes innerhalb der EU insgesamt geschwächt wurde. Außerdem könnte befürchtet werden, dass Warschau nicht nur die Gräben zwischen den NATO-Staaten vertieft, sondern generell auch die Beziehungen zu Washington verschlechtert hat. Beide Befürchtungen scheinen jedoch gegenstandslos zu sein.

Erstens könnte Warschau mit der Vermutung Recht haben, dass die militärische Nichtbeteiligung am Libyen-Konflikt, die vom polnischen Premierminister Tusk als Politik der „Zurückhaltung und des gesunden Menschenverstands“ angepriesen wurde (*Rzeczpospolita*, v. 20.3.2011), sogar eine Verbesserung der Position Warschaws auf europäischer Bühne nach sich ziehen könnte. Denn Polen könnte die Situation in Nordafrika ab Juli 2011 zur Verfolgung eigener Interessen gewinnbringend nutzen.

Zum einen kann Polen auf die eigenen Transformationserfahrungen hinweisen und versuchen, dem gelungenen Übergang von einem autoritären Regime zu einer Demokratie eine modellhafte, exportgeeignete Rolle zuzuschreiben. Der polnische Ex-Präsident Lech Walesa – die Ikone der Transformationsprozesse in Mittelosteuropa nach 1990 – ist bereits Ende April 2011 nach Tunesien geflogen, um dort ein Unterstützungsprogramm für die Demokratisierung zu initiieren und die polnischen Erfahrungen mit der Vorbereitung von freien Wahlen, der Auseinandersetzung mit der alten Regimepartei sowie der Trennung zwischen Staat und Kirche zu vermitteln. Da Polen nicht nur einen weltweiten Respekt für

die eigenen Demokratisierungsleistungen genießt, sondern auch nicht das Stigma eines Kolonialstaates hat, kann die EU während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft sogar stärkeres Gehör in den arabischen Ländern finden, so etwa in Ägypten oder Tunesien. Als Vorbereitung auf die Rollenübernahme eines Transformationsmutterlandes kann dabei die Aussage des polnischen Ministerpräsidenten in einem Spiegelinterview vom 9. April 2011 gelten. Dort wies er auf die Haltung Polens hin, dass der militärische Einsatz in Libyen nicht gerechtfertigt sei. Politisch-soziale Lagen wie in Libyen gebe es in vielen Staaten, und Europa müsse überall auf gleicher Grundlage und nach ähnlichen Entscheidungsmaßstäben reagieren. „Wir müssen um jeden Preis Zweideutigkeiten vermeiden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Europa dort reagiert, wo es leicht und angenehm ist, oder wo Öl ist. Wir könnten sonst Respekt vor uns selbst verlieren.“

Zum anderen könnte Warschau während seiner EU-Ratpräsidentschaft durch eine kompetente Steuerung der Diskussionen Probleme, die sich aus dem „arabischen Frühling“ für die EU-Mitgliedstaaten ergeben, sowie anhand der Mittel, mit denen neuen Fragen begegnet werden sollte, das eigene Hauptanliegen auf der EU-Agenda forcieren, nämlich die EU-Partnerschaftspolitik. Zwar ist Warschau aus geopolitischen Gründen in erster Linie essentiell an der „Östlichen Partnerschaft“ interessiert. Doch ein Desinteresse für die Grenzprobleme der südeuropäischen Staaten könnte Warschau später eine Gleichgültigkeit, etwa Frankreichs und Italiens, gegenüber den polnischen Anliegen im Osten Europas bescheren. Hingegen könnte sich Polen mit der politischen Platzierung der Transformationsprobleme Nordafrikas hoch oben auf der EU-Themenagenda später eine breitere Unterstützung für die Nachbarschaftspolitik der EU in Osteuropa sichern.

Zweitens bleibt eine feste Verankerung der USA in Europa unbestritten eine der Prioritäten der polnischen Sicherheitspolitik. Darauf deuten nicht zuletzt die aktive Beteiligung Polens am Irak- und Afghanistankrieg sowie die Zustimmung zur Errichtung des amerikanischen Raketenabwehrschildes auf dem eigenen Territorium hin. Weil das Bündnis die Hauptbegründung für die militärische Anwesenheit Amerikas in Europa liefert, liegt Warschau das Fortbestehen und die Kohärenz der Allianz besonders am Herzen.

Doch im Falle der Libyen-Krise lässt sich nur schwer von einer Spaltung der NATO-Staaten sprechen, weil die Nutzung des Bündnisschildes, wie Anne Applebaum zu Recht andeutet, eine bloße Fiktion ist: die Allianz hat die Libyen-Aktion weder geplant, vorbereitet noch darüber abgestimmt (*Washington Post*, v. 12.4.2011). Es handelte sich vielmehr um eine britisch-französische Initiative, die auf Drängen Frankreichs entstand und mit Unterstützung des Weißen Hauses ermöglicht wurde. Im Vergleich zu den heftigen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Irak-Krieges fielen die Diskussionen zur Übernahme eines NATO-Mandats im Zusammenhang mit dem Libyen-Einsatz deutlich moderater aus. Dafür verantwortlich war maßgeblich die uneindeutige, erratische Position der USA am Anfang der Libyen-Krise wie auch insgesamt ein deutlich geringeres Interesse (was war dieses noch mal?) der

Amerikaner an einem weiteren Krieg in der arabischen Region. Für Warschau war es von Anfang an klar, dass Washington mehr Wert auf die Abgabe des Führungskommandos an die NATO als auf die Kohärenz der Allianz legen würde. Damit aber konnte es nicht wirklich zu einer Gefährdung der sehr guten polnisch-amerikanischen Beziehungen kommen. Denn anders als im Falle des Irak-Krieges war die Libyen-Krise kein Plebiszit für oder gegen die Aufrechterhaltung der „europäischen“ Supermacht USA. Eine Nichtbeteiligung bedeutete allenfalls einen Affront gegenüber den Großmachtambitionen Frankreichs. Angesichts der Ambivalenz der amerikanischen Position und der klaren Ablehnung einer Beteiligung am Libyen-Einsatz seitens Deutschlands sowie einer anfänglichen Blockadehaltung des relevanten Allianzmitgliedes Türkei hätte ein symbolisches Engagement Polens außerdem kaum zu einer verstärkten Kohärenz der NATO beitragen können.

Die Einladung Warschaus als Mitglied der Libyen-Kontaktgruppe bestätigt inzwischen, dass eine Schwächung der Position Polens in EU und NATO kaum zu erwarten ist. Polen wurde als einziges Land Mittelosteuropas bzw. einziger der zehn im Jahre 2004 in die EU aufgenommenen Neumitgliederstaaten eingeladen. Dazu hat nicht zuletzt der moderate Ton der polnischen Reaktionen bezüglich der Libyen-Operation beigetragen. Zwar hat Polen ein militärisches Engagement abgelehnt, dies allerdings nicht mit einem kategorischen „Nein“ unterstrichen. Vielmehr versprach der polnische Präsident Komorowski, die Entwicklungen in der arabischen Welt intensiv zu beobachten und entsprechend zu reagieren, sollten neue signifikante Veränderungen stattfinden (Polnische Presseagentur, v. 18.3.2011). Außerdem betonte Komorowski, dass die NATO-Entscheidung, das vollständige Kommando über alle internationalen Militäreinsätze in Libyen zu übernehmen, für alle Allianzstaaten eine politische Mitverantwortung nach sich ziehe. Eine politische Mitverantwortung müsse nicht zugleich ein militärisches Engagement bedeuten, so der polnische Präsident (Polnische Presseagentur, v. 28.3.2011). Inoffiziell wird auch darauf hingewiesen, dass das polnische Kriegsschiff *Xavery Czernicki*, welches sich zur Zeit als Teil eines der vier ständigen maritimen Einsatzverbände im Mittelmeer befindet, als logistische Unterstützung der Libyen-Operation genutzt werden könne. Des Weiteren wurde von polnischen Regierungsmitgliedern mehrmals betont, dass sich Polen an allen humanitären Hilfsaktionen in Libyen beteiligen werde. Der polnische Außenminister Sikorski betonte, dass Polen zwar in der ersten (militärischen) Phase des Libyen-Konfliktes nicht dabei sei; es werde jedoch seinen vollen Einsatz in der zweiten und dritten Phase leisten, d.h. bei der Realisierung humanitärer Hilfe sowie im Zusammenhang mit Beratungs- und Aufbauleistungen beim Aufbau eines modernen, demokratischen Staates (Polnische Presseagentur, v. 29.3.2011).

Wie erwähnt, spielte die polnische öffentliche Meinung eine durchaus gewichtige Rolle bei der Libyen-Entscheidung der polnischen Regierung. Laut CBOS, einem wichtigen polnischen Meinungsforschungsinstitut, bewertete die Mehrheit der polnischen Bürger die Libyen-Intervention als richtig. 88% der Befragten waren allerdings gegen eine Entsendung polnischen Militärs in die Krisenregion (CBOS, 7.4.-13.4.2011). Da im Herbst 2011 in Polen Parlamentswahlen stattfinden, wäre die Tusk-Regierung schlecht beraten gewesen, durch eine militärische Beteiligung Polens in Nordafrika die Wähler zu verstimmen. Zwar war die politische Agenda an der Weichsel zum Zeitpunkt des arabischen Frühlings weniger durch die Ereignisse in der arabischen Welt als durch einen politischen Kampf zwischen der Regierungs- und der größten Oppositionspartei „Recht und Gerechtigkeit“ von Jaroslaw Kaczynski dominiert. Hauptthema war Monate lang die Auseinandersetzung um die Deutung der russischen Stellungnahme zu den Ursachen der – wenn nicht gleich der russischen Mitverantwortung für die – Flugzeugkatastrophe nahe dem russischen Smolensk. Bei der Katastrophe waren fast 100 polnische Bürger, darunter hochrangige Politiker, Offiziere, Behördenvertreter sowie Vertreter von Verbänden der Opferangehörigen des Massakers von Katyn ums Leben gekommen. Doch die wichtigsten polnischen Parteien lehnen einen Libyen-Militäreinsatz Polens eindeutig ab. Sobald die Smolensk-Tragödie ihren agendabildenden Charakter verliert, könnte somit die Libyen-Frage kurz vor den Wahlen salient (gemacht) werden und Tusk einige Stimmen kosten.

Seit Jahren versucht die Tusk-Regierung das Bild Polens – das eines durch Emotionen und patriotisch-romantische Überlegungen getriebenen, russophoben, anti-deutschen und pro-amerikanischen Landes – in einem ausgewogeneren Licht zu präsentieren. Begünstigt wurde dieser Richtungswechsel auch infolge verbesserter Beziehungen zu Russland und Deutschland. Die pragmatische Haltung Warschaws gegenüber Washington konnte dazu beitragen das Bild Polens zusätzlich in Richtung eines rationalen Spielers auf EU- und NATO-Bühne zu verändern. Die Politik der Tusk-Regierung, den internationalen Status auf Pragmatismus anstatt auf eine vehemente Betonung der polnischen „Nationalinteressen“ im Sinne der früheren Kaczynski-Regierung einzuschwören, stößt auch mehrheitlich in der polnischen Bevölkerung auf positive Resonanz. Mit seinen Entscheidungen zur militärischen Beteiligung in Libyen setzt Polen diese Politik fort.

Polen gilt innerhalb der NATO als einer der treuesten Verbündeten der USA. Umso erstaunlicher war es, dass die Polen eine aktive militärische Beteiligung in Libyen klar ablehnten. Sie setzten sich damit nicht nur in einen politisch-militärischen Gegensatz zu den USA, sondern auch zu so wichtigen europäischen Staaten wie Frankreich und Großbritannien, auf deren Initiative die militärische Intervention in Libyen maßgeblich zustande gekommen war. Insgesamt könnte die Libyen-Entscheidung Warschaws auf folgende Faktoren zurückzuführen sein:

In der Tat hat Polen keine direkten Interessen in Libyen, und angesichts der ambivalenten Position des Weißen Hauses setzt die abweichende Position Warschaws das strategische Bündnis mit Washington nicht aufs Spiel. Eher könnte man in diesem Kontext auf eine Ablehnung der französischen Großmachtambitionen hinweisen, da Polen das von Frankreich traditionell forcierte *balancing* gegen(über)Washington nicht unterstützt und gegen diese Position auch häufig Zeichen setzt. Die militärische Nichteinmischung in den Libyen-Konflikt kann dem über demokratische Transformationsprozesse reichlich erfahrenen Polen während seiner EU-Ratspräsidentschaft sogar ein zusätzliches Gehör verschaffen. Nicht zuletzt hat die Tusk-Regierung durch ihre zurückhaltende Libyen-Politik einen potentiellen Stimmenverlust in den sich nähernden Parlamentswahlen verhindert.

Für die Richtigkeit bzw. Zweckmäßigkeit des Libyen-Einsatzes sowie die Position der jeweils darin involvierten Staaten lassen sich zahlreiche Pro- und Contraargumente anführen. So kann auch die polnische Libyen-Entscheidung aus diversen Perspektiven analysiert werden. Außerhalb jeglicher Bewertung der eigentlichen Sachlagen kann vielleicht doch festgestellt werden, dass die polnische Libyen-Position die Regierung Tusk mit keinen innenpolitischen Kosten belasten und keine schwerwiegenden außenpolitischen Kosten für Warschau nach sich ziehen wird. Nicht zuletzt könnte die Libyen-Entscheidung Polen sogar mehr Reputation auf der internationalen Bühne verschaffen.